



Was kommt nach den AKW?

links sprach mit dem BKW-Verwaltungsratspräsidenten Urs Gasche und dem SP-Parteipräsidenten Roland Näf über die Berner Energiezukunft nach Fukushima.

Alle reden vom Energiesparen, was ist Ihre originellste Idee Strom zu sparen?

Urs Gasche: Das ist zwar nicht richtig originell, aber wir setzen zu Hause den Standby-Killer der BKW ein, der alle elektronischen Geräte mit einem Klick ausschaltet.

Roland Näf: Wir machen einen Stromspar-Vertrag zwischen Gemeinde und Schulen. Wenn die SchülerInnen Strom sparen, erhalten sie einen Teil des gesparten Geldes z. B. für Klassenreisen.



Roland Näf: «Beim Preis muss ein Umdenken stattfinden. Wir müssen bereit sein, mehr für Strom zu zahlen.»

Der Axpo-Chef Heinz Karrer sagt: «Zum heutigen Zeitpunkt ist es undenkbar über neue AKW zu diskutieren. Das ist vom Tisch.» Wann wird die BKW so weit sein?

Urs Gasche: Die BKW hat dies schon so kommuniziert. Es ist auch unsere Auffassung, dass aus politischen Gründen und wahrscheinlich auch infolge neuer Anforderungen für die heutigen Gesuche mit keiner Bewilligung gerechnet werden kann.

Roland, du hast schon seit Jahren gegen AKWs gekämpft. Jetzt gab es Kritik wegen der schnellen Reaktion auf die Katastrophe in Japan. Wie hast du darauf reagiert?

Roland Näf: Menschen, die solche Katastrophen erleben, werden später zu militanten

Kämpfenden. Für sie ist wichtig, dass sie gegen die Ursachen der Katastrophe ankämpfen können. Es zeigt also auch Respekt ihnen gegenüber, wenn wir hier etwas verändern. Schnell waren wir, weil unsere Position schon lange feststand.

Neue Entwicklungen zeigen, dass sich die erneuerbaren Energien viel schneller durchsetzen als bisher angenommen. Was folgern Sie beide daraus?

Urs Gasche: Es ist eine generelle Erfahrung, dass technische Entwicklungen meist schneller erfolgen als vorausgesehen. Bei der BKW sind wir der Auffassung, dass die neuen erneuerbaren Energien gebraucht werden müssen und dass sie schneller einen wesentlichen Teil beitragen können. Aber dabei müssen auch Schattenseiten in Kauf genommen werden, zum Beispiel bei Ortsbildfragen oder Risiken bei der Geothermie. Und wir müssen bereit sein, einen höheren Preis zu zahlen.

Roland Näf: Dies sehe ich gleich: Beim Preis muss ein Umdenken stattfinden. Wir müssen bereit sein, mehr für Strom zu zahlen. Zweitens geht alles viel schneller als gedacht: Die Internationale Energieagentur sagte 2002 voraus, 2030 sei 20 Prozent der europäischen Stromproduktion erneuerbare Energie, dies wurde bereits 2009 erreicht. Wir kommen aber nicht ums Sparen herum. Dazu braucht es Fleiss, Reglementierung und Anreize.

Die SP fordert von den Bürgerlichen den Atomausstieg, die Bürgerlichen fordern von der SP Kompromisse zum Beispiel beim Landschaftsschutz. Wie weit sind sie je bereit auf diese Forderungen einzugehen?

Urs Gasche: Der langfristige Atomausstieg war unbestritten, es ist aber immer einfach langfristige Ziele zu haben. Mit der jetzt geschaffenen Situation sind Ersatzkraftwerke nicht mehr gegeben, somit ist beim Erreichen der Lebensdauer der heutigen Kraftwerke der Atomausstieg zu erkennen. Das ist kein grosser Kompromiss mehr.

Roland Näf: Wir müssen nicht mehr über den Ausstieg diskutieren, sondern nur noch über den Zeitpunkt, wann dieser stattfindet. Die SP ist bereit, in verschiedenen Bereichen Zugeständnisse zu machen, sei dies bei KWO-Projekten oder beim Landschaftsschutz.

Was bedeutet die aktuelle Diskussion in Bezug auf das Energiegesetz, welches am 15. Mai zur Abstimmung kommt?

Roland Näf: Was wir heute in der Grossratsvorlage haben, ist weniger als das Minimum. Wir müssen jetzt das Energiegesetz unbedingt annehmen und sicher nicht den Volksvorschlag. Das erwarten wir auch von den bürgerlichen Parteien. Und nach der Abstimmung sollte das Gesetz rasch ergänzt werden, zum Beispiel mit einer Lenkungsabgabe.

Urs Gasche: Die BKW hat bis jetzt nur in der Vernehmlassung eine Stellungnahme abgegeben. Sie macht keine weiteren politischen Äusserungen mehr dazu.

Zum Abschluss: Was ist Ihre persönliche Idee, wie die Energieversorgung der Schweiz im Jahr 2025 aussieht?

Urs Gasche: Es wird immer noch einen klei-



Urs Gasche: «Beim Erreichen der Lebensdauer der heutigen Kraftwerke ist der Atomausstieg zu erkennen.»

neren Anteil Kernenergie geben. Der Anteil der Erneuerbaren ist über heutige Schätzungen gewachsen, kann aber Kernenergie noch nicht ganz ersetzen. Dies führt zur Realisierung einzelner Zubauprojekte im Wasserbereich und zu zwei bis drei Gas-Dampf-Grossanlagen.

Roland Näf: 2025 wird in der Schweiz kein AKW mehr laufen. Aber alle, die hier wohnen, werden sich zweimal überlegen, wie sie mit Strom umgehen, auch die Firmen, weil Energie dann einiges teurer sein wird. In Sachen Erneuerbare werden wir eine Dezentralisierung erleben und auf jedem Gebäude, wo dies sinnvoll ist, wird Strom produziert werden.

Danke für das Gespräch.



SPITZE FEDER

Menschliches Mass

Angesichts dessen, was ihn Japan geschieht, sind Worte geradezu erbärmlich. Schon vor Jahrzehnten wurde weltweit warnend von den «Grenzen des Wachstums» gesprochen (Club of Rome



1972); «small is beautiful» war ein verbreiteter Slogan (1973 nach dem Ökonomen Schumacher). Beide Appelle wurden

zwar gehört, aber die wirtschaftliche Globalisierungswelle überspülte sie und liess das Rad sich weiter drehen, schneller und schneller. 1976 wurden die Reaktoren in Fukushima gebaut. Wirtschaftswachstum gilt als Garant für das, was man früher «Wohlfahrt» nannte. Permanente «Unzufriedenheit» der KonsumentInnen ist ihr Motor; «Entwicklung» meint vor allem jene zu kaufkräftigen Konsumierenden. Wenn Menschen auf dem Tahrir-Platz in Kairo sagen: «Wir kämpfen nicht in erster Linie für mehr Wohlstand; wir wollen unsere Würde zurück», dann sprechen sie andere Dimensionen an: das Gefühl von Zusammengehörigkeit und die Würde des Individuums.

Dem gegenüber steht die übermenschliche Atomkraft, die sich jetzt unkontrolliert freisetzt. Was als «Rest-Risiko» dargestellt wurde, entpuppt sich als allumfassendes Risiko einer Technik, die weder auf Naturkatastrophen noch auf menschliches Versagen vorbereitet ist. Nichts kann diese Gewalt – einmal frei – eindämmen.

Jetzt ist eine Wende in unserem Selbstverständnis gefordert. Weniger reicht nicht, diesmal. «Wir wollen nicht mehr, wir wollen anders!» könnte der neue Slogan heissen.

Brigitte Schildknecht,
Tänzerin/Sängerin

JA zum Energiegesetz – jetzt erst recht!

Der Atom-GAU in Japan zeigt deutlich, wie riskant die Kernenergie ist. Die Verschwendung von Öl und Gas führt zum Klimawandel. Die Zukunft gehört der Energieeffizienz und den erneuerbaren Energien. Mit dem revidierten Energiegesetz schaffen wir den ersten Schritt aus der Atomkraft und die dringend nötige Energiewende! Barbara Egger-Jenzer

Worum geht es am 15. Mai?

Das revidierte Gesetz fördert das Energiesparen, die Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien. Es setzt die Vorgaben der Musterverordnung der Kantone im Energiebereich um und bringt weitere neue Massnahmen. Der Grosse Rat hat dem revidierten Gesetz im März 2010 zugestimmt. Dagegen wurde aus Kreisen des Hauseigentümer- und Gewerbeverbandes ein Volksvorschlag eingereicht. Dieser wendet sich gegen zwei wichtige Neuerungen des Gesetzes: den obligatorischen Gebäudeausweis für ältere Wohnbauten und die Förderabgabe auf Strom. In allen anderen Punkten stimmt der Volksvorschlag mit dem revidierten Energiegesetz überein.

Der obligatorische Gebäudeenergieausweis (GEAK) für ältere Wohnbauten

Der GEAK zeigt dem Gebäudebesitzer, wie gut bzw. schlecht sein Gebäude ist, ähnlich wie die

Energieetiketten für Elektrogeräte und Autos. Er gibt zudem wichtige Hinweise, wo und wie eine



Liegenschaft saniert werden soll. Weil viele Gebäudebesitzerinnen und Besitzer oft nicht wissen, dass es solche Instrumente gibt, ist es wichtig, bei älteren Wohngebäuden einen Energieausweis zwingend zu verlangen. Dieses Obligatorium gilt nur für Gebäude, die vor dem 1. Januar 1990 gebaut und seither nicht energetisch saniert wurden. Der GEAK ist keine unnötige Bür-

de für den Gebäudebesitzer, sondern eine willkommene Hilfestellung. Die Kosten von 500 bis 800 Franken sind für alle tragbar.

Die Förderabgabe auf Strom

Die Abgabe wird zur Förderung von energieeffizienten Gebäudesanierungen verwendet. Die Abgabe ist sehr moderat: Sie beträgt lediglich 0.5 bis 1 Rappen pro Kilowattstunde Strom und ist auf maximal 100 000 Kilowattstunden pro Jahr beschränkt. Für einen Haushalt entspricht die Belastung in etwa einem Kaffee pro Monat und für einen KMU-Betrieb maximal 500 bis 1000 Franken pro Jahr. Die Förderabgabe ist auf 15 Jahre befristet. Sie kann ohne Bürokratie gleichzeitig mit der Stromrechnung bezahlt werden.

Energetische Gebäudesanierungen leisten den grössten Beitrag für Energieeinsparungen.

«Die Differenz zwischen dem Energiegesetz und dem Volksvorschlag sind keine 5 Franken pro Haushalt und Monat. So viel ist uns die Energiewende wert!»

Mit dem GEAK und der Förderabgabe können sie rasch umgesetzt werden. Die Förderabgabe fliesst via Gebäudebesitzer vollumfänglich der lokalen Wirtschaft zu und schafft so zusätzlich rund 1000 Arbeitsplätze und hilft einen Viertel unserer CO₂-Emissionen einzusparen.

Deshalb setze ich mich als Energiedirektorin für ein klares JA zum Energiegesetz ein.

© Jenni Energietechnik



Die Energiewende ist möglich: Dieses Mehrfamilienhaus in Oberburg wird zu 100 Prozent mit Sonnenenergie geheizt.



Barbara Egger-Jenzer
Regierungsrätin, Bau-,
Verkehrs- und Energiedirektorin



Unsere Nationalrätinnen Margret Kiener Nellen, Evi Allemann und Ursula Wyss setzen sich im Bundeshaus auch für Gleichstellung ein.

20 Jahre Frauenstreik

Wie haben unsere Nationalrätinnen den Frauenstreik vor zwanzig Jahren erlebt? Wo sehen sie heute Handlungsbedarf in der Gleichstellungspolitik? Was möchten sie bis 2015 erreichen? Links hat nachgefragt.

Was hast du am 14. Juni 1991 gemacht?

Evi: Ich war damals eine 13-jährige Schülerin in einer von Buben dominierten Klasse. Und so organisierte ich zusammen mit Klassenkameradinnen einen «Mädchen-Streik»: Wir stiegen aufs Velo und diskutierten fahrend, wie wir, die stets in der Minderheit waren, künftig unsere Interessen in der Klasse besser durchsetzen könnten. Das trug uns eine Verwarnung ein, doch wir bereuten es nicht.

Margret: Ich befand mich damals mitten in der Dreifachbelastung Beruf, Familie und Politik. Ich ging mit unseren beiden Buben nach Bern. Ich erinnere mich, dass schon vor 9 Uhr auffällig viele Polizeipatrouillen unterwegs waren. Ich sprach mit den Polizisten, wie «gefährlich» wohl diese vielen Frauen werden könnten... Die Reden, Musik, Diskussionen und Begegnungen – der Tag bleibt mir in kraftvoller Erinnerung!

Ursula: Auch ich habe als Gymnasiastin «gestreikt» und war in

Bern auf dem Bundesplatz präsent. Für mich als aktive JUSO-Frau war es damals eine politisch bedeutende Erfahrung, so viele Frauen gemeinsam für gleichstellungspolitische Anliegen kämpfen zu sehen. Man muss sich vorstellen: Damals war keine einzige Frau im Bundesrat und eine Mutterschaftsversicherung kannten wir auch noch nicht.

Was ist in den vergangenen zwanzig Jahren besser geworden?

Evi: Noch immer liegt vieles im Argen. Doch in meiner Frauengeneration ist es mindestens in gewissen Milieus nicht mehr aussergewöhnlich, dass Frau und Mann sich die Familienarbeit teilen.

Ursula: Vor allem der Ausbau bei den KITAs und den Tagesschulen – da ist viel gelaufen, aber es bleibt auch noch viel zu tun.

Margret: Von Null auf vier Frauen im Bundesrat und endlich eine Mutterschaftsversicherung, schweizweit einheitliche Kinder-

zulagen und mehr Rechte für die Frau bei einer Scheidung.

Wo siehst du Handlungsbedarf?

Evi, Margret und Ursula einstimmig: Ganz klar bei den Lohnunterschieden!

Wenn du 2015 auf vier Jahre im Nationalrat zurückblickst, auf was möchtest du stolz sein?

Margret: Wir haben den vierten Sitz auf der SP-Frauenliste zurückgewonnen und das Frauenrentenalter ist bei 64 Jahren geblieben.

Evi: Ich hoffe, dass wir 2015 einen Elternurlaub beschlossen haben, dass in die Familien investiert wurde und dass der Frauenanteil in der Politik auf allen Ebenen gestiegen ist.

Ursula: Gleichstellungspolitisch braucht es endlich gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Vielen Dank – für dieses Gespräch und für eure Arbeit.



Barbara Nyffeler Friedli
Ökonomin, Mitglied
des Leitungsgremiums
SP-Frauen Kanton Bern



SP-FRAUEN

Nicht verpassen!

2011 ist ein Jahr der Jubiläen: 40 Jahre Stimm- und Wahlrecht für Frauen, 30 Jahre Gleichstellungsartikel, 20 Jahre Frauenstreik). Da ist es nicht verwunderlich, dass sich die diesjährige Hauptversammlung (HV)



der SP-Frauen diesem Thema widmet.

Ganz egal, ob du damals aktiv beteiligt warst, nur noch vage Erin-

nerungen hast oder noch gar nicht geboren warst, es hat für alle etwas dabei.

Nach dem statutarischen Teil werden wir Filmdokumente von früher ansehen. Wir werden mit Margrit Schläppi – unserer ersten Grossratspräsidentin – die Zeit der ersten Grossrätinnen aufleben lassen. Elisabeth Zäch – die Stadtpräsidentin von Burgdorf – schildert ihren Alltag als aktive Politikerin. Eine junge Frau sagt uns, für was sie kämpft, was sie erreichen möchte. Moderiert wird dieses Podium von Marieke Kruit, die viele durch TeleBärn kennen. Weiter treten zwei junge Kabarettistinnen auf, die für uns ein neues Programm einstudieren.

Unsere HV ist für uns Frauen der Auftakt in den Wahlkampf. Wir haben eine starke Liste, doch es gibt viel zu tun. Die Kandidatinnen können an der HV wichtige Kontakte knüpfen. Ich freue mich, euch am Samstag, 21. Mai zu sehen. Reserviert euch den Termin, die Einladung folgt.

Barbara Stalder Ritschard
Präsidentin SP-Frauen Kanton Bern

HAUPTVERSAMMLUNG SP-FRAUEN KANTON BERN

Samstag, 21. Mai ab 9 Uhr im Lichtspiel (www.lichtspiel.ch), Bahnstrasse 2, Bern, anschliessend Mittagessen im o'bolles, Bollwerk 35, Bern

ENDSPURT

Wer liest das eigentlich?

Nach den Grossratswahlen letztes Jahr befragte die Universität Bern einen Teil der SP-Mitglieder zur Mitgliederkommunikation. 272 Mitglieder haben geantwortet, heute liegen die Ergebnisse vor und zeigen, dass links als Infokanal geschätzt wird. 62% der Mitglieder lesen unsere Parteizeitung links regelmässig und 31% ab und zu, 7% selten. Fast 90% begrüssen die Information per Parteizeitung, viele schätzen auch Medienberichte zur SP, über E-Mails freuen sich nur noch die Hälfte der Befragten und fast 80% möchten von der SP nicht per Telefonat oder Hausbesuch kontaktiert werden. Die Mitglieder wünschen sich von der Partei an erster Stelle Hintergrundinformationen zu aktuellen Themen, Abstimmungsparolen und kontroverse Debatten. Erste Ansprechperson bei Fragen an die SP ist klar das Sektionspräsidium (75%), nachher folgen unsere Grossratsmitglieder (22%) und das kantonale Parteisekretariat (20%). 11% finden, die Möglichkeiten, Inputs oder Fragen an die Partei zu richten, seien schlecht, 25% finden diese zufriedenstellend, 53% gut bis sehr gut. Zum Wahlkampf 2010 fühlten sich 8% schlecht durch die Partei informiert, 26% zufriedenstellend und 62% gut bis sehr gut. Die Möglichkeit, sich in den Wahlkampf einzubringen, beurteilten 7% mit

schlecht, 23% mit zufriedenstellend und 49% mit gut bis sehr gut. (Der Rest zu 100% sind jeweils «Weiss nicht/Keine Antwort»)

Daniel Furter Parteisekretär SP Kanton Bern

www.zollinger.ch

Benötigen Sie eine aktuelle **Verkehrswertschätzung**?

Möchten Sie Ihre **Liegenschaft** kompetent und seriös **verkaufen lassen**?

Soll Ihr **Miethaus** professionell und kompetent **bewirtschaftet werden**?

Zollinger Immobilien, Ihr Spezialist für sämtliche Immobilienlösungen.

Wir freuen uns auf Sie!



Zollinger Immobilien
Immobilienlösungen
Postfach 350
3074 Muri
Tel: 031 954 12 12
Fax: 031 954 12 11
info@zollinger.ch

ROTES BRETT

Stellenausschreibung SP Kanton Bern

Die SP Kanton Bern sucht per 1. September 2011 eine/einen **Politische Sekretärin/Politisches Sekretär (60 – 80%)** insbesondere für die Unterstützung der inhaltlichen Arbeit der Grossrats-Fraktion und der SP-Strukturen auf allen Ebenen. Bewerbungsfrist: 9. Mai. Alle weiteren Informationen auf www.spbe.ch > Offene Stellen

Die SP an der BEA

Dieses Jahr wird die SP zum ersten Mal an der BEA präsent sein. Unser Auftritt steht ganz im Zeichen einer neuen Energiepolitik. Beim Wettbewerb mit Glücksrad gibt es Stromsparlampen und Steckdosenleisten zu gewinnen, wir sammeln Unterschriften für die Cleantech-Initiative und machen Werbung für die Abstimmung zum Energiegesetz. Mit dabei sind viele Nationalrats-Kandidierende. Wir freuen uns auf euren Besuch vom 29. April bis am 8. Mai in der Halle 3.0 am Stand B054. Wer drei Stunden am Stand mithelfen kann, meldet sich bitte bei sekretariat@spbe.ch.

RichterInnenpool erneuern

Die SP Kanton Bern führt seit 2003 einen RichterInnenpool für interessierte Juristinnen und Juristen, die sich eine Stelle als RichterIn vorstellen können. Im Zuge der Justizreform wird dieser Pool erneuert. Interessierte SP-Mitglieder, die sich mittel- oder langfristig für eine Stelle am Ober-, Verwaltungs-, Zwangsmassnahmen-, Wirtschafts-, Jugend-, Regionalgericht oder bei der regionalen Schlichtungsbehörde bewerben möchten, melden sich bei Sonja Walther, sonja.walther@spbe.ch, Tel. 031 370 07 80.

Online-Petition zur Abschaltung des AKW Mühleberg

Am 13. Mai findet die Generalversammlung der BKW AG statt. Wir wollen den BKW-Eigentümlern 10000 Unterzeichnungen der Online-Petition zur Abschaltung des AKW Mühleberg übergeben. Dieses ambitionöse Ziel können wir mit deiner Hilfe in einem Monat erreichen! Mach mit und sag es weiter! www.energiewende-jetzt.ch

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett: links.be@spbe.ch

AGENDA

30. April

Thun: Festbetrieb ab 19 Uhr auf dem Rathausplatz. Ansprachen, Konzert mit Greis, DJ Safaridoktor, Revolutiondisco, Mundwerk-Bar, dj litwinenko

1. Mai

Bern: Ab 16 Uhr Besammlung Kramgasse. 16.30 Uhr Umzug zum Bundesplatz. Ansprachen, «Lingge Schnurre», Konzert Quatre in Toulouse, 19.30 Uhr Konzert Tommy Vercetti (bei schlechter Witterung im Hotel Bern)

Biel: Festbetrieb ab 10 Uhr Zentralplatz.

Ansprachen, Sonntagsbrunch bis 13 Uhr mit Musik der Dixie On Air.

Burgdorf: Ab 14 Uhr auf der Brüder-Schnell. Terrasse (bei schlechtem Wetter unter Marktauben.) Ansprachen, Festwirtschaft mit Harmoniemusik Burgdorf und Mario Batkovic, Kinderprogramm.

Interlaken: Ab 15 Uhr im Kunsthaus beim Amman-Hofer-Platz. Ansprachen, bis 20.30 Uhr Festwirtschaft mit Jugendmusik Unterseen, Portugiesische Folklore-Gruppe Thun und Familie Gantenbein.

Lengnau: Ab 10 Uhr Festbetrieb im Dorfschulhaus. Ansprachen, Musik mit «Linggi Schnurre»

Thun: Ab 11 Uhr Festbetrieb auf dem Rathausplatz. Ansprachen von Bundesrätin Simonetta Sommaruga u. a., albanische Tanzgruppe und Thomas Melone, Konzerte von Trummer und Tsigan, Festwirtschaft mit DJ Safaridoktor.

15. Mai

Abstimmung Energiegesetz:

2x Ja und Kreuz bei Grossratsvorlage

16. Mai, 19–21 Uhr

Vorstandskonferenz RV Biel/Bienne-Seeland
Hotel Kreuz Lyss

NEU 17. Mai 2011, 19–21.30

Vorstandskonferenz RV Emmental und Oberaargau

Zur Gedult, Metzgergasse 12, Burgdorf

24. Mai, 19–21.30 Uhr

Vorstandskonferenz RV Oberland und Thun
Lötschbergzentrum Spiez

25. Mai, 19–21.30 Uhr

Vorstandskonferenz RV Bern-Mittelland
Hotel Bern, Bern

IMPRESSUM

Herausgeberin: SP Kanton Bern, Postfach 1096, 3000 Bern 23, Tel. 031 370 07 80, links.be@spbe.ch
Adressänderungen: linksabo@spschweiz.ch
Spenden: PK 30-895-9 (SP Kanton Bern)
Redaktion: Daniel Furter
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 30. Mai 2011